

Gemeinschaftsschule: Abwarten angesagt

16.01.2016, Von Heinz Böhler

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hatte zu Diskussion über Schulentwicklung eingeladen

Unter dem Motto „Gut und erfolgreich lernen und arbeiten in unseren Erziehungs- und Bildungseinrichtungen“ hatte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am Donnerstagabend zu einem Informationsabend mit den Landtagswahlkandidaten von den Grünen, der SPD, CDU, FDP und der Linken in den Panoramasaal der Nürtinger Stadthalle K3N geladen.



Diskutierten über Bildungspolitik: Sebastian Schöneck (SPD), Ingrid Grischtschenko (Grüne), David Warneck (GEW), Hans Dörr (GEW), Thaddäus Kunzmann (CDU), Dr. Michael Brodbeck (FDP) und Peter Rauscher (Linke) (von links) im Panoramasaal des K3N. Foto: heb

NÜRTINGEN. Moderiert von Hans Dörr, Kreisvorsitzender der GEW Esslingen, und seinem Stellvertreter David Warneck gaben die Kandidaten Auskunft, wie sie – oder ihre Partei – im Falle ihrer (Wieder-)Wahl mit der, wie einer der Diskussionsteilnehmer bekundete, „wichtigsten Ressource unseres Landes“ zu verfahren gedächten.

Mehr als 11 000 Lehrerstellen, so Hans Dörr in seiner Anmoderation, habe die momentan amtierende Landesregierung, vertreten durch die Kandidaten Ingrid Grischtschenko (Grüne) und Sebastian Schöneck (SPD), zu Beginn ihrer Amtszeit einzusparen angekündigt. Jedoch habe es sich in den letzten Jahren gezeigt, dass die damals gestellten Prognosen von der Wirklichkeit Lügen gestraft worden seien und lediglich ein Drittel davon umgesetzt werden konnte. Eine durchschnittliche Unterrichtsausfallquote von nahezu acht Prozent mache es indes eher notwendig, den zuletzt geschaffenen 400 Vollzeitstellen für mobile Lehrkräfte weitere 400 hinzuzufügen, um die Ausfallrate auf ein erträgliches Maß zu drücken.

Damit zeigte sich der für die FDP ins Rennen gestartete langjährige Nürtinger Stadtrat Dr. Michael Brodbeck einverstanden, betrachtet er Bildung doch als „wichtigste Ressource unseres Landes“ und Kinder könnten schließlich nur einmal zur Schule gehen. Deshalb müsse der Staat die nötigen Mittel bereitstellen, um so viel Unterrichtsausfall wie möglich zu vermeiden: „Dafür stehe ich!“, sagte er.

Einig war sich die Runde, zu der noch der CDU-Landtagsabgeordnete Thaddäus Kunzmann und der aktuell für die Linke im Kreistag und Regionalrat tätige Ex-Realschullehrer Peter Rauscher gehörten, darüber, dass die entwürdigende Entlassung nicht beamteter Lehrer zu Beginn der Sommerferien mit vorgesehener Wiedereinstellung zu Beginn des neuen Schuljahres einer zivilisierten Gesellschaft unwürdig sei. Zudem sei es weder gerecht, Grundschullehrer finanziell zu benachteiligen (A12 statt A13) noch besonders klug, den

Lehrerberuf durch eine zusätzliche Absenkung der Anfangsgehälter noch weniger attraktiv zu machen. „Wir tun was wir können“ versprach Sebastian Schöneck, den genannten Missständen abzuhelpfen. Schließlich habe man es bereits geschafft, die „Lehrerreserve“ von 1,5 auf 2,2 Prozent zu erhöhen: „Des isch ned nix.“ Ingrid Grischtschenko erklärte sich im Namen ihrer Fraktion ebenfalls bereit, zu tun was möglich ist, zu verhindern, dass in Baden-Württembergs Schulen personell „alles immer auf Kante genäht ist“. Beide verwiesen allerdings auf die knappe Haushaltssituation. Dagegen verwarfte sich Peter Rauscher, der der Regierung vorwarf, durch ihre Steuer- und Schuldenpolitik selbst schuld daran zu sein, dass für die „angeblich wichtigste Ressource“ zu wenig Mittel zur Verfügung stünden: „Baden Württemberg ist nun wirklich kein armes Land.“

Keine Einigkeit bei der Grundschulempfehlung

Uneins waren sich die Gesprächsteilnehmer über den Effekt der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung. Mehr Sitzbleiber gebe es seither in den weiterführenden Schulen, meinte Dr. Michael Brodbeck, was Gesprächsleiter Hans Dörr mit einer Grafik konterte, die zeigte, dass seit der Abschaffung die Zahl der Übergänger auf Gymnasien gesunken und nicht gestiegen sei. „Die Beratungsgespräche gibt es immer noch“, beruhigte Ingrid Grischtschenko die Gemüter, „wir wollten mit dem Wegfall der Verbindlichkeit nur den Druck wegnehmen.“

Ein nachhaltiges und ungebremses Absinken der Akzeptanz von Haupt- und Werkrealschulen zeigte deutlich eine weitere Grafik, die David Warneck (GEW) im Gepäck hatte. Dies umso mehr, seit die wohnortnahe Standortversorgung mehr und mehr von Gemeinschaftsschulen übernommen werde. Mit deren Einführung zu Beginn der Legislaturperiode habe man, so Ingrid Grischtschenko, das dreigliedrige Schulsystem „etwas gelenkiger“ machen wollen. In Gemeinschaftsschulen werden Schüler aller Leistungsstufen meistens gemeinsam bis zur zehnten Klasse besucht. Es sei denn, man verlässt sie nach der Neunten mit einem Hauptschulabschluss.

An der Gemeinschaftsschule schienen sich nun die Geister zu scheiden. Zwar mochte sich niemand in der Runde direkt für eine Wiederabschaffung dieser in vielen Gemeinden mittlerweile gut besuchten Einrichtungen aussprechen, doch merkte man den Äußerungen von Michael Brodbeck und Thaddäus Kunzmann eine deutliche Skepsis gegenüber der „Einheitsschule“ an. Indes einigte man sich nach regem Austausch von Argumenten darauf, abzuwarten, wie sich das Projekt Gemeinschaftsschule bewährt, wenn die ersten Absolventen ihre Prüfung zur mittleren Reife oder den Übergang in die Oberstufe eines Gymnasiums bewältigt haben.